

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XXI/34

Bonn, den 17. Februar 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Mehr Selbstvertrauen !</u>	48
	Unbehagen an der gesamtdeutschen Politik Von Dr. Heinz Kreuzmann, MdB	
2	<u>Parteichef Erhard</u>	44
	Der Bundeskanzler im Urteil seiner Freunde	
3 - 4	<u>Sowjetzonen-Flüchtlinge sind enttäuscht</u>	100
	Interview mit Lisa Kerspeter, MdB	
5 - 6	<u>War Lenin für Volksaktien ?</u>	99
	Erstaunliche Erkenntnisse eines sowjetrussischen Wirtschaftswissenschaftlers	

+ + +

Mehr Selbstvertrauen !

Unbehagen an der gesamtdeutschen Politik

Von Dr. Heinz Kreuzmann, MdB

Das Unbehagen an der gesamtdeutschen Politik der Bundesregierung wächst täglich. Das starke Echo, das Herbert Wehners Unterstützung für den Vorschlag auf Bildung eines Wiedervereinigungskabinetts gefunden hat, spricht ebenso dafür, wie die leidenschaftlichen Diskussionen, die sich an der Denkschrift der EKD und dem Gradl-Interview entzündet haben. Man spürt die allgemeine Stagnation und sucht nach Wegen, die aus ihr heraus führen. Von der verantwortlichen Regierung aber sind nur Trost- worte und Ablenkungsmanöver zu hören.

Das System "halb und halb", das man bei dem Bundestbeauftragten in Berlin praktizierte, kennzeichnet auch die gesamtdeutsche Politik im Kabinett. Dr. Mendes Versuch, zum Koordinator der gesamtdeutschen Politik bestellt zu werden, ist gescheitert. Der Bundeskanzler hat sich diese Aufgabe selbst vorbehalten. Er hat gleichzeitig aber verkünden lassen, alle Fachministerien seien gehalten, den Minister für gesamtdeutsche Fragen laufend über alle Probleme zu informieren, die die beiden Teile Deutschlands betreffen. Wer glaubt aber schon an eine Besserung der in der Vergangenheit mehr als jammervollen Zusammenarbeit der Ministerien in der gesamtdeutschen Politik?

Wenn das "gesamtdeutsche" Ministerium überhaupt einen Sinn haben soll, dann muß es doch die zentrale Planungsstelle der gesamtdeutschen Politik sein. Mit der Abfassung von Traktaten und Traktätchen ist es dabei nicht getan, sie mögen im einzelnen nach noch so positiv zu wer- ten sein. Traut man sich unter den Koalitionspartnern nicht, so muß man diese Mißtrauensherde ausschalten. Die gesamtdeutsche Politik rührt viel zu stark an unserem Lebensnerv, als daß man sie zum Tummelplatz des Koalitionskrieges machen darf.

Wir brauchen ein intaktes gesamtdeutsches Ministerium um so mehr, als das neugeschaffene Staatssekretariat für gesamtdeutsche Fragen in Pankow anstelle der bisherigen Negativpropaganda die Positivpropaganda gesetzt hat und einen der fähigsten Nachwuchsjournalisten des Regimes mit der Leitung dieser Dienststelle betraute. Dabei kann man nur auf die Dauer bestehen, wenn man der Propaganda von drüben Taten auf unserer Seite entgegengesetzt.

Dazu gehört:

- \* Wenn der Zonenstaatssekretär Hermann von Bildungsnotstand redet,
- \* sofort von unserer Seite das Angebot auf Studienfreiplätze für
- \* mitteldeutsche Studenten an Universitäten der Bundesregierung
- \* erfolgt.
- \* Wenn Hermann Diskussionen über die Gesellschaftsform Deutschlands
- \* anregt, muß von unserer Seite das Angebot auf Freizeitdiskussionen
- \* in westdeutschen Begegnungstätten und Akademien kommen.

Nicht weniger sollten wir uns bemühen, die kulturellen, sportli- chen und noch verbliebenen kommunalen Beziehungen zwischen beiden Teilen Deutschlands zu pflegen, ohne daß man deshalb gleich dem Bemühen Pan- kows um Verhandlungen auf Regierungsebene nachgibt. Mit Angst vor der Dialektik und Infiltrationstaktik der anderen kommen wir nicht weiter. Mehr Selbstvertrauen in die Stärke und Überzeugungskraft der Demokra- tie schadet bestimmt nichts!

Parteichef Erhard

Der Bundeskanzler im Urteil seiner Freunde

"Man muß es noch einmal in aller Deutlichkeit aussprechen: Ludwig Erhard ist nicht in der Lage, die Ämter des Bundeskanzlers und des CDU-Chefs zugleich voll auszufüllen. Aus Gründen, die vor allem, wie hier oft genug dargelegt, in der Sache, aber auch in der Person liegen. Sehr viele Leute, die für seine Wahl eintreten, wissen das ganz genau. Sie geben es im Gespräch sogar zu - aber dann gehen sie trotzdem hin und empfehlen Erhard angelegentlich als die "beste Lösung". Solche Doppelzüngigkeit verrät einen skandalösen politischen Zynismus, der nur taktisch spekuliert, dem aber die Sache, um die es doch eigentlich geht, gleichgültig ist. Man behandelt das Problem viel zu sehr als eine Frage des persönlichen Interesses: Erhard braucht den Parteivorsitz, weil sonst sein "Prestige" als Kanzler, Barzel braucht ihn - angeblich -, weil sonst sein Prestige als immer erfolgreicher Parteistrategen leiden würde. Was aber die CDU braucht, interessiert wenig bis gar nicht.

Sie braucht einen Organisator und Reformator, nicht jedoch einen Ehrenvorsitzenden - und mehr könnte Erhard nicht sein. Er selbst täuscht sich darüber auch gar nicht; das beweisen Vorschläge zur Neukonstruktion der Parteispitze, die aus der Kanzlernähe kommen: Erhard soll von Stellvertretern flankiert werden, die entweder auch nur ihren Namen, aber nicht ihre Hand bieten können, weil sie anderweitig schon voll beansprucht sind, oder deren Aktivität in dieser Position "oben" sogar unerwünscht wäre. Die Arbeit hingegen darf gnädigst jemand anderes machen, ein "Geschäftsführender" oder ein Generalsekretär. Diese Vorstellungen sind typisch für jenes antiquierte Honoratiorenedenken, das bisher das größte Hindernis für die Modernisierung der CDU war. Durch die Trennung von Titel und Leistung kommt nicht Führung zustande, sondern nur ein Führungssurrogat, ein fader Ersatz für das, was sein sollte: eine leitende Autorität, die nicht durch gewesene "Verdienste" legitimiert wird, sondern durch ihr gegenwärtig erfolgreiches Wirken für die Partei.

Genau das liegt Ludwig Erhard nicht. Darf man denn Erhard in seinem 70. Lebensjahr eine Wandlung zum totalen Gegenteil überhaupt zumuten? Gerade wenn es sympathisch ist, daß Erhard keinen Geschmack am Parteiwesen - an den "Parteiungen", wie er es obrigkeitlich nennt - findet, sollte ihn nicht dazu drängen, daß er sich nun selbst desavouiert. Und das bloß, um einem in Wahrheit gegenstandslosen Prestigebedürfnis zu entsprechen, indem er sich der Form halber mit der Würde eines Amtes dekorieren läßt, für das er nichts tun kann, wenn er seinen Kanzlerpflichten getreu nachkommen will. Aber es gibt ja Leute in der CDU, die sich gerade einen schwachen Parteichef wünschen...

Die Auseinandersetzung um den CDU-Vorsitz hat sich zu einer klaren Alternative zugespitzt. Man sollte, um ihr doch noch auszuweichen, jetzt auch nicht krampfhaft nach einem "dritten Mann" suchen, sondern sich für Rainer Barzel als die bessere Lösung entscheiden."

Anton Böhm

in RHEINISCHER MERKUR  
vom 18. Februar 1966

### Sowjetzonen-Flüchtlinge sind enttäuscht

Interview mit Lisa Korpeter, MdB

sp - In dem nachstehenden Interview nimmt die sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete und Vizepräsidentin des Gesamtverbandes der Sowjetflüchtlinge, Frau Lisa KORSPETER, zum Stand der Flüchtlingsgesetzgebung Stellung:

\* \* \*

Frage: Frau Korpeter, es ist bekannt, daß die Flüchtlingsgesetzgebung im 4. Deutschen Bundestag keinen Abschluß gefunden hat. Welche gesetzlichen Regelungen halten Sie für vordringlich?

Antwort: Bedauerlicherweise ist unser Flüchtlingsgesetzentwurf von der Mehrheit des Bundestages abgelehnt worden, der insbesondere neben der Feststellung der Vermögensschäden in der Zone auch eine Entschädigungsleistung vorgesehen hatte. Diese Frage ist doch noch offen geblieben. Es ist deshalb notwendig, daß wir zu einem Leistungsgesetz kommen, das den Flüchtlingen genauso wie den Vertriebenen eine Entschädigung oder Ausgleichsleistung für die in der Zone erlittenen Vermögensschäden gibt.

Frage: Vom 4. Deutschen Bundestag ist ein Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz beschlossen worden. Es ist aber bekannt, daß die SBZ-Flüchtlinge nur sehr zögernd ihre Verluste beweisichern und feststellen lassen. Wie beurteilen Sie diesen Sachverhalt?

Antwort: Es verhält sich in der Tat so. Nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der unter das Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz fallenden Flüchtlinge haben bis jetzt Anträge gestellt. Einmal, ich sagte es vorhin bereits, haben wir noch kein Leistungsgesetz, das den Flüchtlingen nach der Feststellung ihrer Vermögensverluste eine Ausgleichszahlung sichert und zum anderen hat bedauerlicherweise der Bundesvertriebenenminister wiederholt zu erkennen gegeben, daß erst dann mit einem Entwurf eines Leistungsgesetzes vonseiten der Bundesregierung zu rechnen sei, wenn die Unterlagen für eine einigermaßen exakte Schätzung des Gesamtkomplexes vorhanden sind. Dieser Tatbestand ist für die Flüchtlinge enttäuschend und veranlaßt sie offenbar, dem Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz gegenüber eine größere Zurückhaltung zu üben. Sie haben das Gefühl, daß dies Gesetz noch in allzu weiter Ferne ist. Außerdem ist die Enttäuschung auch deshalb besonders groß, weil man bei der Vertriebenenengesetzgebung Feststellungsgesetz und Lastenausgleichsgesetz zugleich verabschiedet hat, so daß den Vertriebenen die Entschädigung sofort als gesichert zugesprochen wurde.

Frage: Welche gesetzlichen Maßnahmen halten Sie weiterhin für notwendig?

Antwort: Wir haben bereits bei der Verabschiedung des Beweissicherungs- und Feststellungsgesetzes einen einstimmigen Beschluß des

Bundestages angenommen, der die Bundesregierung verpflichten sollte, den Entwurf eines Währungsausgleichsgesetzes bis zum 31. 3. 1966 vorzulegen. Der Bundesminister für Vertriebene hat die Zusicherung gemacht, daß dieses Gesetz bis zu diesem Termin von der Bundesregierung vorgelegt werden soll.

Es ist damit zu rechnen, daß dieser Gesetzentwurf in seiner Anlage wirklich eine Gleichstellung der Flüchtlinge mit den Vertriebenen bringen wird.

Darüber hinaus halte ich es für notwendig, daß für die Flüchtlinge die Vermögensabgabe neu geregelt wird. Sie befinden sich hier in einer eklatanten Schlechterstellung gegenüber den Vertriebenen. Es war vorgesehen, in der 18. IAG-Novelle eine Stundung der Vermögensabgabe bis zu einer endgültigen Regelung vorzusehen, aber durch die Verschlechterung der 18. Novelle im 4. Bundestag ist auch diese Regelung mit untergegangen. Ich halte es für dringend notwendig, daß so schnell wie möglich diese Vermögensabgabe nicht nur durch eine Stundung, sondern endgültig geregelt wird.

Frage: Frau Korpeter, Sie haben sich in der vergangenen Legislaturperiode ganz besonders für das Flüchtlingshilfegesetz interessiert und haben mit Erfolg erreicht, daß eine Reihe von fürsorgerechtlichen Maßnahmen aus dem Regierungsentwurf herausgekommen sind. Sie haben leider nicht erreichen können, daß die Einkommensgrenze von DM 500,- bei der Gewährung einer Einrichtungshilfe aufgehoben wurde. Wie stehen Sie dazu?

Antwort: Das Flüchtlingshilfegesetz, so wie es in der Anlage von der Bundesregierung dem Bundestag vorgelegt war, hatte erhebliche Schwächen und zwar dadurch, daß eine Reihe von fürsorgerechtlichen Voraussetzungen zur Leistungsgewährung vorhanden war, die die nicht anerkannten Flüchtlinge sehr benachteiligt. Wir haben erreicht, eine Reihe von fürsorgerechtlichen Voraussetzungen herauszubringen. Sie haben aber recht, es besteht leider noch die Einkommensgrenze von DM 500,-, um Leistungen der Einrichtungshilfe zu erreichen. Ich halte es für dringend notwendig, daß diese Einkommensgrenze verschwindet, da sich herausgestellt hat, daß aufgrund dieser Einkommensgrenze nur ein verhältnismäßig geringer Prozentsatz der nicht anerkannten Flüchtlinge in den Genuß dieser Leistungen kommen kann. Angesichts der Situation im Bundeshaushalt können wir sicher in dieser Legislaturperiode nicht erreichen, daß die Einkommensgrenze erhöht wird oder daß sie vollständig verschwindet. Aber eines muß erreicht werden. Die Etatmittel, die für das Flüchtlingshilfegesetz eingesetzt sind - und das sind für das Haushaltsjahr 1966 71,5 Mill. DM - müssen auch wirklich für dies Gesetz ausgenutzt werden. Falls sich also in einigen Monaten herausstellen sollte, daß diese Etatmittel nicht ausgeschöpft werden, weil zu wenig Anträge einkommen, dann sollte man bereit sein, diese Einkommensgrenze heraufzusetzen, um wirklich die im Etat stehenden Mittel für das Flüchtlingshilfegesetz ausnutzen zu können. Unsere Fraktion wird sich nach wie vor um diese Fragen kümmern, da sie es von jeher für notwendig gehalten hat, eine Gleichstellung der Flüchtlinge mit den Heimatvertriebenen zu erreichen.

Neben dieser Einkommensgrenze bestehen noch eine Reihe von Regelungen, die eindeutig zu Lasten der nicht anerkannten Flüchtlinge gehen. Es muß für die Zukunft erreicht werden, daß auch für diese Personengruppe dieselben Leistungen gewährt werden wie für die anerkannten Flüchtlinge, die heute ihre Leistungen aus dem Härtefonds des Lastenausgleichs erhalten, um auf diesem Wege eine Gleichstellung der Flüchtlinge untereinander zu erreichen.

## War Lenin für Volksaktien ?

### Erstaunliche Erkenntnisse eines sowjetrussischen Wirtschaftswissenschaftlers

L.E. - Die Kremlastrologen haben in diesen Monaten sehr viel zu tun. Zu widersprüchlich sind die Thesen, die heute von Kommunisten in der ganzen Welt vertreten werden. Kernstück des Parteitages der Kommunistischen Partei Italiens wurde die Forderung nach dem Gespräch mit den Katholiken. Kurz vorher hatten die "Harten" in der SED jedem Revisionismus den Kampf angesagt. Sie verdamnten die linken Schriftsteller der Bundesrepublik, und viele von ihnen dürfen den Ostsektor Berlins nicht mehr betreten. Das sind die gleichen Schriftsteller, die von Kommunisten der ganzen Welt - und natürlich nicht nur von ihnen - als zur geistigen Elite eines neuen Deutschland zugehörig gefeiert werden. Professor Havemann, schon vor Jahresfrist aus der SED ausgeschlossen, verliert Arbeit und Brot, weil er für eine demokratisierte kommunistische Partei eintritt. Der gleiche Havemann wird in Polen, in Österreich und besonders in Italien im Zentralorgan der KPI, "Unita" verteidigt und gelobt. In Rom forderte der Theoretiker der KPI, Professor Leonardo Radice, Havemann müsse rehabilitiert und wieder in die Partei aufgenommen werden. Begründung: Havemann sei ein Marxist vom Format eines Galilei. Sein Kampf richte sich gegen jene, die "sich als Kommunisten und Marxisten ausgeben, aber wegen ihres Dogmatismus ein schweres Hindernis für die schöpferische und revolutionäre Entwicklung der Wissenschaft, des Denkens und der sozialistischen Gesellschaft bilden."

Spöttisch fügt Radice hinzu, es sei kein Zufall, daß sich die Dogmatiker "auf den Lehrstühlen des Dialekt der Universitäten des sozialistischen Deutschlands und der Sowjetunion befänden!"

Untersucht man den Stand der Diskussionen im kommunistischen Lager, so ergibt sich etwa folgendes Bild: Während die Kritik an Schriftstellern, Künstlern und Akademikern in den kommunistisch regierten Ländern immer schärfer wird, ist gleichzeitig auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Diskussion eine erstaunliche Liberalität zu verzeichnen. Meinungen werden ausgesprochen und veröffentlicht, die noch vor Jahresfrist als parteifeindlich, unmarxistisch und unleninistisch abgetan worden wären.

So konnte man in der Dezember-Nummer einer Zeitschrift der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, "Weltwirtschaft und internationale Beziehungen", eine erstaunliche Äußerung über Kleinaktionäre finden. Der Wirtschaftswissenschaftler Sergei Dalin verkündete nicht mehr und nicht weniger:

- \* In den westlichen Industrienationen hat der friedliche Übergang
- \* von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaftsform
- \* eingesetzt.

Schon diese Feststellung muß in den Augen der orthodoxen Marxisten und Leninisten eine Ungeheuerlichkeit darstellen. Wie? Es gibt also einen friedlichen Übergang von der kapitalistischen zur sozialisti-

schen Gesellschaftsform? Das, genau das wurde doch von Marx, von Lenin und von ihren Epigonen auf das härteste bestritten. Wie wurden Kautsky und viele andere beschimpft und bekämpft, als sie diese Theorie vertraten. Wie energisch wehren sich heute noch die sogenannten Wirtschaftstheoretiker der SED gegen diese These!

Die Begründung für die Behauptung Dalins über den friedlichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus wirkt allerdings noch erstaunlicher. Dalin begründet nämlich seine These mit der Feststellung, die großen amerikanischen Konzerne seien jetzt in den Besitz einer großen Zahl von Kleinaktionären Übergangenen. Die ursprünglich vorhandene Finanzoligarchie, d.h. die Herrschaft weniger über die Konzerne, sei ausgeschaltet, da die Leitung der Konzerne angestellten Direktoren übertragen worden sei, angestellten Direktoren oder Managern, die zwar großen Einfluß hätten, aber nicht mehr die Besitzer der Produktionsmittel seien. Wörtlich schreibt Dalin:

- \* "Ein Prozeß einer gigantischen Sozialisierung der Produktion
- \* ist heute in der kapitalistischen Welt im Gange. Gleichzeitig
- \* ist auch die Sozialisierung des kapitalistischen Besitzes im
- \* Gange. Von Privateigentum geht er in das kollektive kapitali-
- \* stische Eigentum über, das eine Negation des Privateigentums
- \* innerhalb der Grenzen des Kapitalismus selbst darstellt."

Soweit Dalin.

Die Bedeutung dieser Erklärung, veröffentlicht in einer Zeitschrift der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, sollte zwar nicht überschätzt, aber auch nicht unterschätzt werden. Natürlich stellt die Behauptung Dalins heute noch nicht die offizielle Parteilinie der Sowjetunion dar. Aber immerhin. Genauso wie wir vor kurzem erlebten, daß die Liebermannschen Thesen über die freie Entwicklung der Wirtschaft zuerst bekämpft, dann diskutiert und schließlich mehr oder weniger offiziell anerkannt wurden, genauso wird es mit den Thesen von Dalin gehen. Die sogenannten Ökonomen, die bereit sind, auf alle Ideologie zu verzichten und die Entwicklung der Wirtschaft pragmatisch zu sehen, setzen sich langsam aber sicher durch, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die wirtschaftlichen Belange der Sowjetunion und der kommunistischen Länder es erfordern. So sollten wir also nicht erstaunt sein, wenn wir früher oder später aus der Zone hören, daß die Volksaktie, die bisher als ein "Betrug an der Arbeiterklasse" bezeichnet wurde, nunmehr in Bälde als der Beweis für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus auch in der Bundesrepublik bezeichnet werden wird.

Unerheblich dabei ist, daß sogar Dalin in seinen Ausführungen seinen Kotau vor der Ideologie Lenins machte. In seinem Artikel meint Dalin, die Tatsache der Existenz einer großen Zahl von Kleinaktionären stelle - und jetzt wörtlich - "die umfassendste materielle Vorbereitung auf den Sozialismus dar." Und nun höre und staune man: Die Masse der Kleinaktionäre würde den Beifall von Lenin finden. Und dann folgt sogar ein Zitat von Lenin: "Wir werden zwischen den Klein- und den Großaktionären unterscheiden. Wir werden den ersteren sehr wenig und nur den letzteren einen großen Teil, aber nicht notwendigerweise alles nehmen."

Lenin als Freund und Verteidiger der Klein- und der Volksaktionäre. Das ist die neue Entdeckung an der Front der Auseinandersetzungen um die zukünftige Gestaltung der Wirtschaftsentwicklung in der Sowjetunion.